

Rede
von Bundesminister a. D. Hans-Dietrich Genscher
anlässlich des 20-jährigen Bestehens
der Bundesakademie für Sicherheitspolitik
am 26. Oktober 2012
in Berlin

Herr Präsident der Akademie

Herr Vorsitzender des Beirats

Meine sehr verehrten Damen und Herren

Die Gründung dieser Akademie, damals noch in Bonn, war aus meiner Sicht ein bedeutsamer Schritt zur Förderung der sicherheitspolitischen Diskussion und des sicherheitspolitischen Denkens in Deutschland.

"Die Bundesakademie ist der Ort strategischen Denkens", so haben Sie es Herr Heumann zum Ausdruck gebracht. Ich schließe mich dem an.

Bedeutsam ist die Akademie nicht nur für die Meinungsbildung innerhalb der Bundesregierung und für den Raum der Parlamente und der Parteien, sondern auch für die öffentliche Diskussion.

Inzwischen hat sie ihren festen Platz eingenommen in der sicherheitspolitischen Gemeinde und das nicht nur in Deutschland, sondern darüber hinaus.

Heute gibt es Anlass genug, sich des Gründungsdatums zu erinnern und ich erinnere mich auch in besonderer Weise an den Tag, an dem ich das Haus zum ersten Mal betreten habe.

Ich habe bei anderen Anlässen dieses Haus gesehen. Aber jeder wird verstehen, in besonderer Weise gilt das für meinen ersten Besuch hier.

Es war der 22. Juni 1990.

Der 22. Juni ist ein schicksalhafter Tag für uns Deutsche und für Europa.

Jeder, der den 22. Juni 1941, den Tag des Überfalls Hitlers auf die Sowjetunion, miterlebt hat, wird dieser Tag unvergesslich bleiben.

Die Kriege gegen Polen, gegen Frankreich, gegen Jugoslawien waren schrecklich genug gewesen.

Der Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion aber machte den meisten unserer Landsleute bewusst, jetzt stehen wir am Abgrund.

Es war ein Abgrund, in dem nicht nur Hitler und sein Regime, sondern das ganze Deutsche Reich verschwinden sollten.

Nun lud an diesem Tage, auf dem man sich geeinigt hatte im Kreis der 6 Staaten, die über die deutsche Vereinigung verhandelten, nun lud hier ein, Markus Meckel, der erste frei gewählte Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik. Was für ein Datum, was für eine Zeitenwende. An diesem Tage also fand die zweite Runde statt, die erste war in Bonn gewesen, der 2 Plus 4 Gespräche der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, der DDR, der USA, der Sowjetunion, Frankreichs und des Vereinigten Königreichs.

Von den vier Verhandlungsrunden, die es insgesamt gab, sollte es diejenige werden, über der schon die Schatten der bevorstehenden Entmachtung Gorbatschows und Schewardnadses lagen.

Eilbedarf war angesagt.

Diese Entwicklung erreichte ihren Höhepunkt schon ein halbes Jahr später, im Rücktritt Schewardnadses und ein Jahr später im Putschversuch gegen Gorbatschow.

So erinnert, meine Damen und Herren, der Ort hier an eine Zeit, in der sich auf der einen Seite West und Ost noch Waffen starrend gegenüberstanden und der sich auf der anderen Seite West und Ost und Ost und West schon die Hände entgegen streckten. Es schien, sie konnten sich schon berühren.

Die Völker Europas besannen sich auf ihre elementaren Freiheitsrechte.

Sie fanden in den Straßen von Leipzig mit dem immer wieder wiederholten Aufschrei "Wir sind das Volk" ihren Ausdruck und brachten mit dem Wort "Wir sind ein Volk" den Willen der Deutschen zum Ausdruck, in einem Land zu leben.

Aber der Ruf nach Freiheit ertönte diesmal im Gegensatz zu 1953, 1956, 1968 nicht nur in einem Land und nicht nur in einer Sprache, in dem Fall in deutscher Sprache.

Er ertönte auch in polnischer, in tschechischer, in slowakischer, in ungarischer, in bulgarischer und rumänischer, in den baltischen Staaten und in den Sprachen der Völker der Sowjetunion.

Es war eine europäische Freiheitsrevolution; Und, meine Damen und Herren, wenn ich manches Gequerre in diesen Tagen über Europa höre möchte ich mir wünschen, dass jeder sich bewusst wird: die Völker Europas waren sich noch nie in ihren Wünschen, Hoffnungen und Zielen so einig wie in jenen Jahren. Und dieses Vermächtnis der Freiheitsrevolution sollten wir niemals vergessen.

In Prag hofften die Prager Bürger mit ihren europäischen Landsleuten aus der DDR, dass es gelingen möge, die Tore der Botschaft zu öffnen.

Denn wenn das gelingen würde, dann würden sich auch die Grenzen für die Tschechen öffnen.

Man kann es auch so ausdrücken, dass man eben niemals so nah bei einander war. Man kann nur hoffen, dass das immer im Bewusstsein bleibt.

Mehr als zwei Jahrzehnte sind vergangen. Heute steht Europa vor einer schicksalhaften Bewährungsprobe.

Die Welt hat sich dramatisch verändert.

Die zweigeteilte Welt, die bipolare Welt mit den Polen, Washington und Moskau ist Vergangenheit.

Doch an ihre Stelle ist nicht die unipolare, die auf Washington fokussierte, von dort dominierte Welt getreten - die Welt also, die Präsident Bush dem jüngeren vorschwebte.

Heute wird der Begriff Welt zum ersten Mal in seinem vollen Inhalt erfasst und verstanden.

Welt - das ist nicht nur die westliche Welt, und auch nicht nur die Welt der nördlichen Halbkugel.

Was ist denn aus diesen beiden Polen der bipolaren Welt geworden?

Gewiss - die USA sind die wohl in jeder Hinsicht stärkste Kraft auch in dieser sich neuen und neu entwickelnden Weltordnung.

Ich halte es hier mit einem ehemaligen amerikanischen Präsidenten, der historisch, nach meiner Überzeugung, unterschätzt wird, mit Bill Clinton.

Er rief seinem Volk vor einigen Jahren zu:

"Wir, die Amerikaner, sind heute die in jeder Hinsicht stärkste Nation der Welt."
Und wer wollte dem widersprechen?

Und dann fügte er hinzu:

„Wir sollten diese Stärke nutzen, um eine Weltordnung zu schaffen, in der wir uns als Amerikaner auch dann noch wohlfühlen können, wenn wir nicht mehr die stärkste Nation der Welt sind.“

Meine Damen und Herren, der Tag könnte näher sein als manchem lieb ist. Und vielleicht erkennen auch die Europäer, dass es sich lohnt, zusammen mit den Amerikanern sich um eine solche neue, überall als gerecht empfundene Weltordnung zu bemühen.

Meine Damen und Herren,

die Sowjetunion gibt es nicht mehr und Russland kann den Platz nicht mehr einnehmen, den einst die Sowjetunion als Widerpart Amerikas inne hatte.

Aber eine Großmacht ist Russland auf jeden Fall - und dabei wird es bleiben.

Und neue Kraftzentren sind hinzugetreten, nicht zuerst militärisch, aber ökonomisch, finanziell, wissenschaftlich, kulturell.

China wird genannt, Indien darf darüber nicht vergessen werden.

Das wird in 20 Jahren mehr Einwohner haben wird als China.

Brasilien, Indonesien, Japan sind, um mit Kissinger zu sprechen, Telefonnummern, die man sich merken muss, wenn man über die Zukunft der Welt nachdenken will und da darf man sich nicht beschränken auf die nördliche Halbkugel.

Auch rückblickend kann man feststellen, dass es von einem hohen Maß strategischer Weitsicht zeugte, als in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts Helmut Schmidt, der damalige Bundeskanzler, und Giscard d'Estaing, der damalige französische Staatspräsident, der Welt vorschlugen, einen Weltwirtschaftsgipfel zu bilden.

Mit der Welt meinten sie eigentlich nur die westliche Welt oder die nördliche. Teilnehmer waren die Amerikaner und die Engländer, die Deutschen und die Franzosen, die Kanadier, Japaner und die Italiener.

Und sie alle wollten gemeinsam über strategische Fragen der wirtschaftlichen, der finanziellen Zusammenarbeit reden.

Man sprach ganz unbefangen von einem Weltwirtschaftsgipfel, obwohl die Teilnehmer alles andere als eine Repräsentanz der ganzen Welt waren.

So wie man ja auch in der Geschichtsschreibung bis auf den heutigen Tag ganz unbefangen vom Römischen Weltreich spricht und von anderen Weltreichen davor oder danach und immer waren es nur Teilgebiete, aber es waren immer die dominierenden Teilgebiete der jeweiligen Zeit.

Der Fall der Mauer, von den Deutschen als deutsches und von den Europäern als europäisches Ereignis verstanden, schob aber den Schleier zur Seite, der bis dahin über dem Rest der Welt - übrigens dem sehr viel größeren Teil der Welt - gelegen hatte.

Seit dem und von jetzt ab unwiderruflich und unabänderbar geht es um die ganze Welt.

Technologische Entwicklungen im Bereich von Verkehr und Logistik, vor allem aber die Revolution, die das Tor zum Eintritt in das informelle und Informationszeitalter öffnet, haben der Menschheit die Einheit der ganzen Menschheit bewusst gemacht.

Und jetzt geht es darum, diese neue Welt zu gestalten.

Es gibt für Teilgebiete Einrichtungen. UNO, OECD, Weltbank, Weltwährungsfonds, WTO und andere zeugen davon.

Die G 7 gibt es noch. Aber inzwischen sind die G 20 hinzugekommen. Und wenn es um die Mobilisierung von Finanzmitteln geht, treten die G 20 zusammen und weniger die G 7.

Aufkommende große Länder und wirkliche Kraftzentren - das ist eine andere Neue Welt als es einstmals die Vereinigten Staaten von Amerika waren.

Sie alle sind zu globalen Akteuren geworden.

Sie alle werden gebraucht, wenn man die Verständigung über weltweit relevante wirtschaftliche oder finanzielle Fragen herbeiführen will.

Man kann sagen, die ganze Welt ist endlich bei sich selbst angekommen.

Und keineswegs sind dabei die anderen Staaten, die mittleren und die kleineren, zur Bedeutungslosigkeit verdammt.

Das beste Beispiel, was Gemeinsamkeit erreichen kann, ist die Europäische Einigung, ist die Europäische Union.

Hat mich neulich in einer Veranstaltung einer gefragt, was heißt das denn, wir Europäer, wieso ist das mehr. Und da habe ich gesagt, haben sie nochmal in Erinnerung, was in

London passierte bei den Olympischen Sommerspielen: 92 Goldmedaillen für Europa und nur 46 für die Amerikaner, 38 für die Chinesen.

Da habe ich gesagt, das sind die Größenordnungen der Zukunft.

Meine Damen und Herren, ein bisschen europäisches Selbstbewusstsein ist auch erforderlich.

Meine Damen und Herren

Heute ist unsere Europäische Union ein globaler Faktor und Akteur und sie steht nicht allein.

Weniger eng, weniger dicht aber immer dichter. Staaten anderer Regionen, ASEAN in Südostasien, Mercosur in Lateinamerika, der Golfkooperationsrat, die Staaten Zentralamerikas, und, und, und.

Die Welt ordnet und fügt sich neu zusammen.

Und wir Europäer dürften in einer solchen Lage mit Dankbarkeit und mit Stolz feststellen, was uns die Gründergeneration aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hinterlassen hat:

Die Europäische Gemeinschaft und aus ihr geboren die Europäische Union.

Diese europäische Einigungsidee sollte ursprünglich eine Antwort geben auf die Irrwege der europäischen Geschichte.

Auf die europäischen Bruderkriege des 17., 18. und 19. Jahrhunderts, auf den Ersten Weltkrieg und angesichts unserer demokratischen Verfasstheit vor allem auf den Schreckenskrieg Hitlers im 20. Jahrhundert.

Meine Damen und Herren, dieses Vermächtnis für sich genommen rechtfertigt diese Einigung.

Aber heute wissen wir: unsere Gründermütter und -väter gaben auch eine Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, des Jahrhunderts der Neugestaltung der Welt, des Zeitalters der Globalisierung.

Die Gründergeneration machte Europa damit zur Zukunftswerkstatt nicht nur für unseren Kontinent, sondern für die ganze Welt.

Hier liegt im 21. Jahrhundert die Zukunftsmision Europas, aber für uns Europäer ist es auch die Zukunftschance.

Europa hat in der Vergangenheit anderen Teilen der Welt manches gegeben. Aber es hat ihnen auch manches angetan. Europa hat heute eine Mission, die über das Haus Europa und seine Gestaltung hinaus führt.

Europa gibt ein Beispiel einer neuen Kultur des Zusammenlebens.

Man mag es sehen wie man will, als Laune des Schicksal, als politische Weitsicht, ich würde sagen als Glücksfall:

Dass bei Gründung der Europäischen Gemeinschaft sechs Staaten sich zusammengetan haben. Drei kleinere, Luxemburg, Belgien und die Niederlande und drei größere, Italien, Frankreich und Deutschland. Und da mussten die drei größeren Staaten lernen,

umzugehen mit den kleineren. Auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Ebenbürtigkeit.

Und da ging es darum, dass die Größeren nicht mehr wollten, die Kleinen beherrschen und dass sie nicht untereinander mehr Kriege führen, wer unter den Größeren der Mächtigste sein soll.

Kooperation und Streben nach Vorherrschaft passen nicht zusammen und nicht mehr in diese Welt.

Das gilt für Europa, es gilt aber auch für alle Völker - also global.

Zu den Grunderkenntnissen der europäischen Einigung gehört auf allen Seiten die Einsicht, dass Größe und Stärke nicht mehr Macht und nicht mehr Rechte verleihen, sondern mehr Verantwortung und mehr Pflichten auferlegen.

Was das bedeutet, erleben wir gerade jetzt in der Diskussion über die Neustruktur unserer Europäischen Union.

Und hier liegt auch die Quelle und die Legitimation für die Solidarität unter den Völkern Europas.

Hier liegt die neue europäische Staatsräson, die uns nun schon ein halbes Jahrhundert und mehr Frieden und Wohlstand beschert.

Es ist nicht nur die Europäische Einigung in der EG und der EU allein, die europäische Geschichte beispielhaft gestaltet haben.

Ganz gewiss: die Gründung der Europäischen Gemeinschaft war ein historischer europäischer Friedensschluss.

Ein Friedensschluss, der die neue Kultur des Zusammenlebens ermöglichte.

Aber es war eben auch ein Friedensschluss, der geographisch begrenzt war durch die Teilung Deutschlands und Europas im Kalten Krieg.

Doch mitten in diesem kalten Krieg wurde am 1. August 1975 in Helsinki die Schlussakte von Helsinki unterzeichnet.

Diese Schlussakte wies den Weg für die Schaffung einer besseren Welt über fundamentale Gegensätze hinaus.

Die Schlüsselbegriffe sind Humanität und Kooperation.

So kam es mitten im kalten Krieg mit dem KSZE-Prozess zur Einleitung eines großen europäischen Friedensschlusses, der 1990 in der europäischen Freiheitsrevolution seine Vollendung fand.

Und auf dem Weg dahin traten die Staaten der Europäischen Gemeinschaft gemeinsam auf mit den neutralen und ungebundenen Staaten unseres Kontinents.

Und meine Damen und Herren, die Tatsache, dass die USA und Kanada daran teilnahmen zeigte, dass auch die anderen Staaten, auch Moskau anerkannten, dass die europäische

Stabilitätsarchitektur nur in der Verlängerung zum nordamerikanischen Kontinent wirklich stabil sein würde.

Und schließlich verständigte man sich über die Möglichkeit, Grenzen zu überwinden oder friedlich verändern zu können, um sie dadurch zu überwinden.

Mit dem Prinzipienkatalog wurde die Schlussakte als Berufungsgrundlage für die Menschen im östlichen Teil Europas zum Wegbereiter der Überwindung der Spaltung und damit auch des Kalten Krieges.

Diese Konferenz, das darf man niemals vergessen, war ja ursprünglich eine Initiative Moskaus gewesen mit dem Ziel, sich die Ergebnisse des kalten Krieges vertraglich bestätigen zu lassen.

Und sie wurde durch die westliche Politik zum Ausgangspunkt einer dynamischen Entwicklung zur Überwindung dieses kalten Krieges.

Aus Konfrontation wurde Kooperation und aus Kooperation wurde Vertrauen.

Aus einem der bedeutendsten sicherheitspolitischen Dokumente des westlichen Bündnisses, aus dem Harmel-Bericht, wurde durch die Verbindung politischer, sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Elemente ein Instrument westlicher Gestaltungskraft.

Hier wurde Konfrontation in ihr Gegenteil verkehrt.

Es wurde eben aus Konfrontation Kooperation, aus der Anerkennung des Status Quo die Überwindung der Spaltung Deutschlands und des Kontinents.

Es entstand eine Plattform für ein besseres Europa, das als EU in fester Partnerschaft mit den nord-amerikanischen Verbündeten steht.

Diese waren es auch gewesen, die unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg den Anstoß zur Europäischen Einigung mit dem Marschall-Plan die Initialzündung für den Wiederaufbau Europas gegeben hatten.

In dieser Stabilitätsarchitektur hat, was gelegentlich im Westen vergessen wird, auch Russland seinen festen Platz.

Gewiss, es gibt zahlreiche Fragen, auf die gemeinsame Antworten noch gesucht werden müssen.

Dennoch, wer die kalte Schulter zeigt, wird beim Suchen nach neuen Antworten nicht sehr weit kommen.

Die Antworten zu finden liegt deshalb in beiderseitigem Interesse, im Westen wie im Osten.

Natürlich braucht Russland für seine Modernisierung Europa.

Aber Europa braucht auch Russland, mit dem wir auf der einen Erdscholle leben.

Die Grunderkenntnisse des Harmel-Berichts gelten fort.

Seine Grundphilosophie bestand in der Feststellung, dass ausreichende Verteidigungsfähigkeit Grundlage einer Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit sein muss.

Dazu gehört in seinem Grundverständnis auch die Feststellung, dass Rüstungskontrolle und Abrüstung integrale Bestandteile unserer Sicherheitspolitik sein müssen.

Auf die Welt von heute übertragen wird offenkundig, dass die Frage nach der ausreichenden Verteidigungsfähigkeit anders beantwortet werden muss als in der Zeit der Entstehung des Harmel-Berichts vor 45 Jahren.

Die Staaten Europas haben daraus längst die Konsequenzen gezogen.

Die konventionelle Abrüstung hat eindrucksvolle Fortschritte gemacht.

Aus zwei deutschen Armeen entstand eine, die deutlich kleiner ist, als die des größeren Teils Deutschlands.

Die Zahl der im Westen Deutschlands stationierten verbündeten Streitkräfte ist drastisch reduziert.

Auf dem Boden der früheren DDR gibt es keine verbündeten Streitkräfte.

Die Streitkräfte Moskaus sind nach dem Zerfall der Sowjetunion und des Warschauer Pakts auf das Territorium Russlands reduziert.

Die verbliebenen deutschen Streitkräfte sind in einem grundlegenden Umwandlungsprozess begriffen.

Sein Ziel ist es, die Fähigkeiten zu schaffen oder zu verbessern, die heute im eigenen und im gemeinsamen Bündnisinteresse gefordert sind.

Das schließt ein, dass Ausbildung, Ausrüstung und Bewaffnung der Soldaten nach sachlichen Gesichtspunkten entschieden werden müssen und nicht nach Haushaltslage.

Das sage ich deshalb, meine Damen und Herren, da wir ja zurecht von der Parlamentsarmee sprechen. Deshalb ist das auch nicht nur eine Aufgabe der Regierung, sondern auch eine Aufgabe des Parlamentes.

Es gibt auch eine Fürsorgepflicht der Abgeordneten für unsere Soldaten.

Ein Blick auf die Einsatzorte der Bundeswehr zeigt die Verschiedenartigkeit der Einsätze, zeigt auch ihre geographische Dimension.

Schon eine erste Analyse der Sicherheitsfrage lässt erkennen, dass das ursprüngliche Verständnis der Landesverteidigung längst nicht mehr gilt.

Weit weg vom Heimathafen sichern zudem Schiffe der Bundesmarine die Freiheit der Seewege.

Meine Damen und Herren, immer ist aber notwendig, dass die Einsätze unserer Bundeswehr sich einfügen in den Rahmen eines politischen Gesamtkonzepts, mit klarer Zielsetzung, mit klarer Begrenzung, mit klarer, auch zeitlicher, Begrenzung. Das ist unverzichtbar, wenn Klarheit über den Auftrag geschaffen werden soll und diese Klarheit muss auch einschließen, dass für uns der Einsatz niemals die Aufgabe haben kann, alte Überlegenheit oder Vormachtsbestrebungen nun nicht mehr in Europa sondern irgendwo in der Welt austoben zu wollen.

Auch im Sicherheitsbereich wird deutlich, was uns im wirtschaftlichen und finanziellen Bereich längst bewusst geworden ist.

Meine Damen und Herren, wir leben in einer Welt, in der es keine entfernten Gebiete mehr gibt. Unsere Welt ist zusammen gerückt. Wir sind im besten Sinne des Wortes eine Weltnachbarschaftsordnung.

Wenn ich früher von meinem Nachbarn sprach, meinte ich ein Land, mit dem ich eine gemeinsame Grenze habe. Heute ist diese Nachbarschaft grenzüberschreitend.

Eine Hypothekenkrise in den Vereinigten Staaten von Amerika schlägt durch bis in das letzte bayerische Dorf.

Und das ist etwas was wir meinen, wenn wir von globaler Interdependenz reden.

Der Arm terroristischer Vereinigungen in Asien reicht bis in die USA und nach Europa.

Immer deutlicher wird das Bewusstsein: die Sicherheit anderer berührt auch unsere eigene Sicherheit.

Das Wohlergehen anderer ist wichtig für das eigene Wohlergehen.

Der Begriff der globalen Interdependenz, der Begriff der Abhängigkeit der eigenen Interessen von denen anderer, der gegenseitigen Abhängigkeit ist eines der ganz großen Aufgaben vor denen wir uns sehen.

Immer offenkundiger wird auch, dass globale Kooperation nur dort möglich ist, wo man sich zur Anerkennung der Gleichberechtigung und der Ebenbürtigkeit entschließt.

Sich gegenseitig ernst zu nehmen, die eigenen Interessen auch im Spiegel der Interessen anderer zu definieren ist notwendig.

Das ist erforderlich, es ist unverzichtbar für die Frieden sichernde Staatskunst im 21. Jahrhundert.

Gewiss, meine Damen und Herren, wir haben ein geltendes Völkerrecht.

Wir haben die großartige Einrichtung der Vereinten Nationen mit einzigartigen Instrumenten der Wahrnehmung völkerrechtlicher Verantwortung.

Aber das alles kann sich nur dann positiv auswirken, wenn das neue Denken sich durchsetzt, das die beiden großen europäischen Friedensschlüsse, nämlich die Gründung der EG und der KSZE-Prozess möglich gemacht haben.

Um es anders auszudrücken:

In einer neuen, immer enger zusammenwachsenden Welt ist eben jeder zu jedes anderen Nachbarn geworden.

Man kann im Zeichen globaler Interdependenz nicht mehr auskommen ohne den Willen zu globaler Verantwortungspolitik.

Immanuel Kant hatte uns einst zugerufen, wir sollten bei jeder unserer Handlungen die Auswirkungen auf andere Menschen bedenken und das zum Maßstab unseres eigenen Handelns machen.

Später hat er das noch verdichtet und er hat gesagt - man könnte annehmen, er hätte die interdependente Welt von heute schon vor Augen gehabt - er hat gesagt, das internationale Recht der Staaten müsse zum Recht der Individuen international ausgedehnt werden.

Also zu einem Weltbürgerrecht.

Dieser, sein kategorischer Imperativ, gilt heute auch in neuen Dimensionen.

In der Dimension der Völker u n t e r e i n a n d e r - das ist die globale Dimension - und in der Dimension der Generationen n a c h e i n a n d e r.

Diese Dimension als Gebot der Nachhaltigkeit hat uns der deutsch-jüdische, der deutsch-amerikanische Philosoph Hans Jonas hinterlassen in seinem großartigen Werk "Verantwortung", in dem er das Postulat der Nachhaltigkeit formuliert.

In der Zukunftswerkstatt Europa wissen wir, dass die Einigung erst möglich wurde, als das Vormachtsstreben aufgegeben wurde.

Was für Europa richtig ist, meine Damen und Herren, kann für die Welt nicht falsch sein.

Im Gegenteil, es ist für die Gestaltung der neuen Weltordnung

von entscheidender Bedeutung, dass sich die Rivalitätsmodelle der europäischen Geschichte jetzt nicht im Weltmaßstab wiederholen.

Die Folgen könnten unter den Voraussetzungen der Globalisierung verstanden als globale Interdependenz und globale Vernetzung verheerend sein.

Von den Auswirkungen moderner Massenvernichtungswaffen, aber auch den Möglichkeiten der Distanzkriegführung ganz abgesehen.

Schließlich sind auch die in der Cyberkriegsführung liegenden Gefahren zu berücksichtigen.

Wenn das alles in Betracht gezogen wird, dann zeigt sich, wie wichtig das im Harmel-Bericht niedergelegte Postulat ist: Rüstungskontrolle und Abrüstung sind integrale Bestandteile unserer Sicherheitspolitik.

Es ist offenkundig, dass wir hier vor enormen Herausforderungen stehen, wenn wir ein globales Rüstungschaos vermeiden wollen.

Fragen der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Fragen der Rüstungsexporte stellen sich völlig neu und noch schärfer als in der Vergangenheit.

Die Antworten müssen global gegeben werden, das heißt, Abrüstung und Rüstungskontrolle müssen auch als Elemente der Vertrauensbildung stärker in die internationalen Beziehungen einbezogen werden.

Die dabei erforderlichen globalen Antworten setzen voraus, dass es nicht zu neuen Rivalitäten zwischen den globalen Akteuren kommt.

Deshalb ist die Absage an Vormachtstreben und die Hinwendung zu einer neuen Kultur des Zusammenlebens, wie sie die Zukunftswerkstatt Europa nun schon seit Jahrzehnten praktiziert, dringend notwendig.

Im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts treffen wir auf eine Welt großer und offener Fragen, die zu beantworten verlangt Vertrauensbildung, Kooperationsbereitschaft und Absage an einseitige Vorteile im Sinne hegemonialer Bestrebungen.

Und wiederum bietet die Zukunftswerkstatt Europa nicht nur den Erfolg eines Laborversuches an, sondern was wir vorweisen können ist ein jahrelanger erfolgreicher Feldversuch.

Es ist mein Wunsch und es ist vor allem meine Hoffnung, dass die Bundesakademie für Sicherheitspolitik immer stärker zum Ort der verantwortungsvollen Diskussion dieser Fragen wird.

Die Bundesrepublik Deutschland kann für sich in Anspruch nehmen, dass sie zu den Gründernationen der europäischen Union gehört. Sie hat in der Zeit des kalten Krieges unter den europäischen Verbündeten die Hauptlast der militärischen Komponente der westlichen Sicherheit getragen. Sie hat mit ihrer Ostvertragspolitik das Klima für die große KSZE-Konferenz geschaffen, die ihrerseits die Voraussetzungen für die Beendigung des kalten Krieges herbeiführte.

Mit der deutschen Initiative für den NATO-Doppelbeschluss schließlich konnte die Bundesregierung die Voraussetzung für die erstmalige Abschaffung einer ganzen Kategorie von Massenvernichtungswaffen, der nuklearen Mittelstreckenraketen, schaffen.

Heute ist Deutschland als Teil der Europäischen Union und als Partner im westlichen Bündnis aufgerufen, mit seinen Ideen und mit unseren Erfahrungen aus der Zukunftswerkstatt Europa den Weg zu einer globalen Friedensordnung zu schaffen, die überall in der Welt als gerecht empfunden werden kann.

Für die „Zukunftsakademie“, für die Bundesakademie für Sicherheitspolitik – sie müssen eine „Zukunftsakademie“ werden - liegt in dieser Herausforderung eine zentrale Aufgabe und eine große Chance.

Sie hat das Glück - erlauben Sie mir diese kollegiale Feststellung, eine Bewertung maße ich mir nicht an – die Bundesakademie hat das große Glück, dass sie in dieser Zeit der Herausforderung an der Spitze der beiden Nachbarressorts Auswärtiges und Verteidigung mit den Bundesministern Westerwelle und de Maizière Persönlichkeiten hat, die die Zeichen der Zeit erkannt haben.

Also, Herr Präsident, Glück Auf! für die nächsten 20 Jahre, auch wenn Sie einen Teil davon dann hier wie die Ehemaligen in der ersten Reihe Platz nehmen.